

Deutsche Banken und Atomwaffenhersteller: Ausschluss ist die beste Verteidigung

Am 22.1.2020 tritt der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Das Abkommen von 2017 ächtet die Entwicklung, die Tests, die Produktion, die Lagerung, die Stationierung, die Weitergabe, den Einsatz und die Drohung mit Atomwaffen.

Die Finanzierung von Atomwaffen wird durch das Verbot der unterstützenden Tätigkeiten mittelbar untersagt. Finanzinstitute und Banken in Vertragsstaaten dürfen künftig keine Kredite an Hersteller von Atomwaffen und Trägersystemen vergeben oder in diese investieren. Schon heute haben zahlreiche Finanzinstitute und Investoren weltweit klare Ausschlusskriterien für Atomwaffenhersteller.

In Deutschland hat mit Union Investment 2018 eine erste führende Fondsgesellschaft angekündigt, Atomwaffenhersteller aus ihren Publikumsfonds zu entfernen. Die drei großen Konkurrenten auf dem deutschen Markt, Allianz, Deka Investment und DWS, sind weiterhin in Atomwaffenhersteller investiert bzw. beteiligt und rechtfertigen dies u.a. damit, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet habe und somit keine rechtlich verbindliche Ächtung auf nationaler Ebene vorliege.

Bei Finanzierungen sieht es nicht viel anders aus. Positive Aushängeschilder unter den konventionellen Banken sind in diesem Bereich u.a. die DekaBank, die Rüstungsunternehmen grundsätzlich nicht finanziert. Ansonsten gilt vielfach, dass es für **direkte Finanzierungen mit Atomwaffenbezug fast nirgends Gelder gibt, es solche speziellen Finanzierungen für eine Atomwaffenentwicklung aber auch nie gegeben hat. Generelle Unternehmensfinanzierungen (ohne Auflagen) hingegen sind bei deutschen Finanzhäusern vielfach weiter möglich.** Atomwaffenhersteller wie Airbus oder BAE Systems kommen also weiter problemlos an Finanzmittel, spätestens dann, wenn sie schriftlich versichern, das Geld nicht für ihr Atomwaffengeschäft zu verwenden. Überprüft wird das in der Regel aber wohl nicht, so ist zu vermuten.

Dabei stört es die Finanzindustrie anscheinend nicht, dass sich in Deutschland eine überwältigende Mehrheit gegen Atomwaffen ausspricht und bereits der Atomwaffensperrvertrag Vertragsparteien, zu denen auch Deutschland zählt, zumindest moralisch verpflichtet, die Herstellung von Atomwaffen nicht zu unterstützen.

Angesichts des Inkrafttretens des Atomverbotsvertrages fordern wir deutsche Finanzhäuser auf, Atomwaffenproduzenten kategorisch den Geldhahn zuzudrehen und aus ihnen zu divestieren, damit diese ihre Atomwaffenarsenale nicht immer weiter ausbauen oder modernisieren können.

Deutsche Finanzinstitute und Atomwaffenhersteller:

Richtlinienübersicht: Was ist verboten?

	Finanzierung der von Herstellung Atomwaffen – Direkte Transaktionen	Finanzierung von Atomwaffenherstellern – Unternehmenskredite	Investitionen in/Beteiligungen an Atomwaffenhersteller/n
Deutsche Bank/ Postbank	√	z.T.*	√
Commerzbank	√	z.T.*	√
DZ Bank	√	Keine Richtlinien	Keine Richtlinien
LBBW (inkl. LBBW AM)	√	√ (ab 5%)*	Keine Richtlinien
BayernLB (inkl. BayernInvest)	√	Keine Richtlinien	√ (BayernInvest)
Helaba	√	Keine Richtlinien	z.T. (für Eigenanlagen)
NordLB	√	Keine Richtlinien	Keine Richtlinien
SaarLB	√	√	√ (für Eigenanlagen und selbstgemanagte Fonds)
Allianz			z.T. (Ausschluss für Publikumsfonds in Deutschland)
DWS			Keine Richtlinien
Deka Investment			Keine Richtlinien
Union Investment			√

* Die Deutsche Bank, die Commerzbank und die LBBW schließen in ihren Richtlinien die Finanzierung von Atomwaffenherstellern aus, es sei denn, diese bestätigen, dass die zur Verfügung gestellten Gelder nicht für die Atomwaffengeschäfte des Konzerns genutzt werden und bei der LBBW zusätzlich noch nicht mehr als 5% des Umsatzes des Konzerns ausmachen.

Der Praxistest: Investitionen in und Finanzierungen von ausgewählten Atomwaffenherstellern durch deutsche Finanzinstitute

	Finanzierung von Atomwaffenherstellern (Kredite und Ausgabe von Anleihen)	Investitionen in Atomwaffenhersteller (Aktien & Anleihen)
Deutsche Bank (inkl. Postbank)	Honeywell, BAE Systems, Airbus	
Commerzbank	BAE Systems, Airbus	Airbus
DZ Bank	Airbus, Honeywell	Honeywell
LBBW (inkl. LBBW AM)		Airbus, Honeywell
BayernLB (inkl. BayernInvest)	Honeywell, Airbus	
Allianz (inkl. Pimco)		BAE Systems, Airbus, Honeywell, Jacobs Engineering, Lockheed Martin
Deka Investment		BAE Systems, Airbus, Honeywell
DWS		BAE Systems, Airbus, General Dynamics, Honeywell, Huntington, Lockheed Martin, Jacobs Engineering
Union Investment		Honeywell

* Berücksichtigt werden hier Geschäftsbeziehungen über 5 Mio. Euro.

DEUTSCHE BANK

2018 veröffentlichte die Deutsche Bank nach NRO-Kampagnen eine neue Richtlinie zu kontroversen Waffen. Allerdings enthält diese zahlreiche Schlupflöcher. So werden zwar direkte Geschäfte mit Atomwaffenbezug ausgeschlossen und auch allgemeine Unternehmenskredite mit Atomwaffenherstellern. Möglich bleiben aber Kredite für Unternehmensteile oder Geschäfte, die nichts direkt mit der Atomwaffenherstellung zu tun haben. Das bestätigt der Praxistest: Die Deutsche Bank vergibt weiterhin Kredite an Atomwaffenhersteller wie Honeywell, BAE Systems und Airbus.

COMMERZBANK

In ihrer Rüstungsrichtlinie schließt die Commerzbank die Finanzierung von direkten Exporten geächteter Waffen, zu denen auch Atomwaffen gehören, aus. Unternehmensfinanzierungen bleiben jedoch weiter möglich, so die betreffenden Konzerne zusichern, das Geld nicht für derartige Geschäfte zu nutzen. Der Praxistest zeigt, dass die Commerzbank neben Airbus weiter an Kunden wie BAE Systems festhält, der über 90% seines Umsatzes im Rüstungsbereich generiert und im Atomwaffengeschäft aktiv ist und entsprechend der eigenen Richtlinien deswegen eigentlich gar nicht mehr finanziert werden dürfte.

DZ BANK

Die DZ Bank, das Zentralinstitut für mehr als 1.000 Kreditgenossenschaften, nimmt Abstand davon, die Herstellung und den Handel von kontroversen Waffen, insbesondere Streubomben und Landminen, durch Kreditvergabe zu unterstützen. Die Vergabe von Unternehmenskrediten an Mischkonzerne, die u.a. in die Atomwaffenherstellung verstrickt sind, wie Airbus oder Honeywell, bleiben weiter möglich und werden auch getätigt, wie der Praxis-Check zeigt.

LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG (LBBW)

Die LBBW schließt direkte Finanzierungen im Zusammenhang mit kontroversen Waffensystemen aus. Darüber hinaus tätigt sie mit Atomwaffenherstellern keine Geschäfte mit Bezug zu diesen Systemen. Unternehmensfinanzierungen für Unternehmensteile, die nichts mit dem Massenvernichtungsgeschäft zu tun haben, bleiben möglich, so diese nicht mehr als 5% des Firmenumsatzes ausmachen. Diese Richtlinien gelten jedoch nicht für die Asset Management-Sparte der Landesbank. LBBW AM hält weiterhin Anteile an Atomwaffenhersteller wie Airbus und Honeywell.

BAYERISCHE LANDESBANK (BayernLB)

Die BayernLB schließt die direkte Finanzierung kontroverser Waffen wie z.B. Atomwaffen aus. Auch die BayernLB-Tochtergesellschaft BayernInvest schließt für die Vermögensverwaltung die Hersteller dieser kontroversen Waffensysteme aus. Unternehmensfinanzierungen für Atomwaffenhersteller werden nicht explizit ausgeschlossen. In der Praxis hat sich die BayernLB in jüngster Zeit an Kreditvergaben für Airbus und Honeywell beteiligt.

LANDESBANK HESSEN-THÜRINGEN (Helaba)

Auch die Helaba schließt direkte Transaktionen mit kontroversen Waffenarten (Streumunition, Landminen, ABC-Waffen) aus. Dies gilt auch für ihre Eigenanlagen. Unternehmensfinanzierungen für Atomwaffenhersteller werden in den Richtlinien nicht kategorisch ausgeschlossen. Geschäftsbeziehungen zu den von uns untersuchten Atomwaffenherstellern konnten nur in geringem Umfang (unter Berichtssumme) nachgewiesen werden.

NORDDEUTSCHE LANDESBANK (NORDLB)

Auch bei der NordLB bleibt die Zusammenarbeit mit Atomwaffenherstellern weiter möglich, lediglich die direkte Finanzierung von Geschäften mit Atomwaffenbezug ist ein Tabu. Geschäftsbeziehungen zu den von uns untersuchten Atomwaffenherstellern konnten nicht nachgewiesen werden.

LANDESBANK SAAR (SAAR LB)

Die SAAR LB schließt die direkte Finanzierung von Waffenhandel jedweder Art aus. Dies gilt auch generell für Rüstungsunternehmen, die einen Großteil ihres Umsatzes in diesem Sektor generieren. Auch für ihre Eigenanlagen und von ihr selbst gemanagte Fonds kommen Unternehmen, die kontroverse Waffen (wie z.B. Atomwaffen) herstellen, nicht infrage¹. Gemäß ihrer Richtlinien konnten keine Verstrickungen mit den von uns untersuchten Atomwaffenherstellern nachgewiesen werden.

Die vier großen deutschen Fondsanbieter und Waffenhersteller

Auf dem deutschen Fondsmarkt geben DWS, Union Investment, Deka Investment und Allianz den Ton an. Die vier großen deutschen Fondsanbieter kontrollieren mehr als 70 Prozent des heimischen Marktes für Publikumsfonds². Sie können dabei auf etablierte Vertriebsstrukturen zurückgreifen: Die Deka Investment verkauft ihre Produkte ausschließlich über die Sparkassen, Union Investment kooperiert mit den Volks- und Raiffeisenbanken. Die DWS setzt auf die Filialen der Deutschen Bank und der Postbank und arbeitet darüber hinaus eng mit dem Versicherer Zurich zusammen. Allianz Global Investors ist strategischer Partner der Commerzbank und vertreibt zudem viele Fonds über das Vertreter*innennetz der Allianz.

Kategorische Ausschlusskriterien für Atomwaffenhersteller besitzt unter den vier großen Fondsgesellschaften bisher lediglich Union Investment. Bei den übrigen Fondsgesellschaften kann das Geld der Sparer*innen über Publikumsfonds auch weiter bei Atomwaffenherstellern landen. Kategorisch ausgeschlossen ist dies lediglich bei den Nachhaltigkeitsfonds dieser Häuser.

DWS

Die **DWS** schließt im Alltagsgeschäft generell nur Investitionen in Streumunitions- und Landminenhersteller aus³. Darüber hinaus bekennt sie sich lediglich dazu, Umwelt- und Sozialkriterien in Analysen und Anlageentscheidungen einzubeziehen und sich im Rahmen von Engagementprozessen mit Unternehmen für diese Themen einzusetzen und dies auch beim Abstimmungsverhalten auf Aktionärsversammlungen zu berücksichtigen. Ausschlusskriterien für Hersteller von umstrittenen Waffensystemen wie Atomwaffen kennt die DWS außer bei ihren Nachhaltigkeitsfonds nicht⁴.

Rechtlich gesehen ist die **Postbank** seit einigen Jahren eine Tochter der Deutschen Bank. Den 13 Mio. Geschäfts- und Privatmund*innen werden daher für die

¹ file:///Users/admin/Downloads/Nachhaltigkeitsbericht_2019-1.pdf

² <http://www.stock-world.de/nachrichten/fonds/Fondsmarkt-Deutschland-So-dominant-sind-Grossen-Vier-wirklich-Fondsnews-n8432400.html>

³ <https://de.allianzgi.com/de-de/pro/ueber-uns/unser-esg-ansatz>

⁴ Die Deutsche Bank hat 2018 eine neue Controversial Weapons Policy verabschiedet, die Geschäftsmöglichkeiten mit Atomwaffenherstellern begrenzt. Dies beinhaltet jedoch kein Investitionsverbot in Atomwaffenhersteller für die DWS.

Geldanlage primär Produkte des Wertpapierhauses der Deutschen Bank, der DWS, angeboten. Für die Geldanlage gelten hier die gleichen Kriterien wie für das Mutterhaus. Bei der aktuellen Recherche ist die DWS in alle untersuchten Atomwaffenhersteller investiert.

ALLIANZ

Allianz Global Investors als Fondsgesellschaft der Allianz schließt Landminen- und Streumunitionshersteller sowie Produzenten von biologischen und chemischen Waffen aus ihrem herkömmlichen Investmentuniversum für Privatkund*innen aus⁵. Darüber hinaus werden aufgrund zunehmender Kritik deutsche Kundengelder auch nicht mehr in Atomwaffenhersteller investiert, ohne dass dies eine verbindliche Richtlinie für die gesamte Vermögensverwaltung des Konzerns darstellt, so Allianz. Generell gilt, dass die Allianz Vermögensverwaltung weiterhin vielfältig in Atomwaffenhersteller investiert ist⁶, v.a. in Honeywell, BAE Systems und Airbus.

DEKA INVESTMENT

Übergreifende Ausschlusskriterien für den Rüstungssektor kennt **Deka Investment**, die Fondsgesellschaft der Sparkassen, nur für ihre explizit als nachhaltig klassifizierten Produkte, nicht jedoch für ihre herkömmlichen Produkte. Bei letzteren sind nur Streumunitions- und Landminenhersteller tabu. Ausschlusskriterien für Unternehmen, die Atomwaffen herstellen, existieren nicht. Darüber hinaus setzt Deka Investment, wie ihre Wettbewerber, auf eine Engagement-Strategie, um Unternehmen im Dialog und über aktive Teilnahme an Hauptversammlungen und ein (z.T. kritisches) Abstimmungsverhalten zu einer verantwortungsvolleren Unternehmensführung zu bewegen. Die Deka Investment ist in zahlreiche führende Atomwaffenhersteller investiert wie z.B. Airbus, BAE Systems und Honeywell.

UNION INVESTMENT

Die Fondsgesellschaft der Volks- und Raiffeisenbanken, **Union Investment**, hat 2018 angekündigt im Rahmen ihrer Publikumsfonds nicht mehr in Atomwaffenhersteller investieren zu wollen und bis Ende 2019 sämtliche Beteiligungen abgestoßen zu haben. Beim Praxischeck konnten allerdings noch Beteiligungen in das Unternehmen Honeywell nachgewiesen werden. Union Investment stuft Honeywell nicht als Atomwaffenhersteller ein, da es sich um einen Mischkonzern handle, der weder atomare Sprengköpfe noch Schlüsseltechnologien (Trägerrakete, Munition etc.) für die Atomwaffe herstelle. Das sehen Friedensorganisationen wie PAX anders, die Honeywell als relevanten Akteur einstufen. So ist Honeywell z.B. an US-Kernwaffenanlagen und an Projekten für die US Minuteman III ICBM und das Trident II (D5) System beteiligt, das derzeit von den USA und Großbritannien genutzt wird.

https://www.db.com/newsroom_news/Controversial_Weapons_Principles_ENG.pdf, vgl. DWS-Nachhaltigkeitsbericht 2018: 30.

⁵https://www.allianz.com/content/dam/onemarketing/azcom/Allianz_com/sustainability/documents/Allianz_ESG_Integration_Framework.pdf; <https://de.allianzgi.com/-/media/allianzgi/eu/regional-content/documents/de-de/responsible-investing-report-2018-german-digital-singles.pdf>

⁶ https://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2019/06/2019_HOS_web.pdf